

SPÖ-Enquete zu Start-Ups – Hakel: Politik muss Rahmenbedingungen verbessern

Utl.: UnternehmerInnen wünschen sich bürokratische Erleichterungen
und Impulse im Bildungssystem =

Wien (OTS/SK) - Wie können Start-Ups in Österreich besser unterstützt werden? Welche Rahmenbedingungen braucht es, um Unternehmensgründungen zu erleichtern? Wie kann Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit stärken und welche Rolle spielen Start-Ups dabei? Diesen Fragen ging eine Enquete des SPÖ-Parlamentsklubs am Montagvormittag in Wien nach. Für SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder sind Start-Ups eine wesentliche Voraussetzung, „damit unser Wirtschaftsstandort dynamisch bleibt“, betonte er in seiner Begrüßung. Auch Elisabeth Hakel, SPÖ-Sprecherin für Kunst, Kultur, Creative Industries und Organisatorin der Enquete, unterstrich die Rolle von Start-Ups als „Haupttreiber für Innovation“. Deshalb braucht es bessere Rahmenbedingungen. Die UnternehmerInnen wünschen sich bürokratische Erleichterungen, mehr Impulse für „Entrepreneurship“ im Bildungssystem sowie auch steuerliche Anreize.

Einig sind sich PolitikerInnen und UnternehmerInnen, dass mit Christian Kern als neuem Bundeskanzler das Thema Start-Up eine größere Bedeutung bekommen werde, habe dieser doch die Rolle dieser jungen, innovativen Unternehmen schon länger erkannt und auch aktuell betont. „Es ist gut, dass das Thema politisch Chefsache wird“, so Elisabeth Hakel. Freilich sei Österreich auf der „Start-Up-Landkarte“ vielfach immer noch „ein weißer Fleck“, so Hakel. „Das ist uns bewusst und wir wollen diese Situation ändern. Wir wollen aufholen und zu den Besten gehören.“ Die Politik müsse diesen Bereich noch stärker unterstützen und die Rahmenbedingungen anpassen. Auch die SPÖ werde sich dabei vielleicht auch von der einen oder anderen alteingesessenen Position verabschieden – „denn wenn wir Zukunft gestalten wollen, dann müssen wir Innovation zulassen.“ Dabei wolle man als SPÖ-Parlamentsfraktion der österreichischen Start-Up-Szene auch die notwendige politische Plattform geben.

Dies umso mehr, als Österreich wirtschaftlich eher traditionell organisiert ist, so SPÖ-Klubchef Andreas Schieder. Umso mehr muss sich die Politik dieses Bereichs annehmen, „denn Start-Ups stellen

sicher, dass unser Wirtschaftsstandort dynamisch bleibt".

„Österreich muss hier zumindest den Anschluss an Deutschland, Wien den Anschluss an Berlin finden“, wünscht sich Markus Breitenecker, Geschäftsführer von ProSiebenSat1PULS4. Er verwies in seinem Statement auf die negativen Auswirkungen der vierten industriellen Revolution, wo einige wenige, meist US-amerikanische globale Player die gesamte Wertschöpfung lukrieren und lokale Arbeitsplätze vernichten. Um in diesem „digitalen Wirtschaftskrieg“ bestehen zu können, brauche es lokale Start-Ups, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich bzw. Europa halten. Ein Instrument dafür sei Public Private Partnership. Gleichzeitig braucht es auf europäischer Ebene gleiche gesetzliche Voraussetzungen für amerikanische und europäische Unternehmen, damit letztere nicht benachteiligt sind, so Breitenecker.

Der junge Unternehmer Lorenz Edtmayer, als Herausgeber und Gründer von „Der Brutkasten“ und „Darwins Lab“ ein Förderer der Start-Up-Szene, sieht in der steuerlichen Absetzbarkeit von Investments eine Möglichkeit, jungen UnternehmerInnen bei der Expansion zu helfen. „Österreich hat gute Förderungen für die Frühphase eines Unternehmens. Dann fehlt aber oft das Geld für die weitere Expansion.“ Als wesentlich erachtet er, dass auch das Bildungssystem auf die neuen Herausforderungen reagiert. „Wer sich in der digitalen Welt nicht auskennt, wird sich in Zukunft schwer tun.“

Die Aufgabe staatlicher Förderungen thematisierte Edeltraut Stiftinger, Geschäftsführerin des Austrian Wirtschaftsservice aws: „Wir springen dann ein, wenn es ein Marktversagen gibt.“ Mit der Finanzkrise sei der Venture Capital-Markt fast völlig zusammengebrochen, dies versuche man durch die Förderungen auszugleichen. „Unser Ziel ist, dass der private Markt wieder anspringt. Dann ziehen wir uns zurück.“ Obwohl von den 40.000 Unternehmensgründungen im letzten Jahr nur ein Bruchteil wirkliche Start-Ups betreffen, sei die Förderung dieser „alternativenlos“, denn sie sind wichtig zur Weiterentwicklung des Standorts. Auch Markus Posset, Herausgeber des Branchenmagazins „Seeds“ spricht von einer notwendigen „Standortgarantie“: „Wenn wir Start-Ups nicht fördern, wandern sie ab.“ Und Rudi Semrad, früher in der Konzernführung der „Swatch Group“, heute Business Angel für Start-Ups, ist überzeugt, dass Start-Ups Arbeitsplätze schaffen. Allerdings: „Von zehn Start-Ups floppen sieben. Es gibt kein Sicherheitsnetz für Investitionen, aber wir brauchen bessere Voraussetzungen.“ (Schluss)

sc/ah/mp

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien

01/53427-275

<http://www.spoe.at/impressum>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0113 2016-05-30/13:05

301305 Mai 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160530_OTS0113